Ralf Frensel

Von: SPD-Ortsverein Eickel <ralf.frensel@gmx.de>
Gesendet: Sonntag, 31. Juli 2016 15:25
An: ralf.frensel@gmx.de
Betreff: NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-07-31
Anlagen: 2016-09-09 Seminar.pdf; Sexualstrafrecht ASF + ASJ.pdf; ASJ CETA Einladung.pdf; Müntefering Newsletter010716.pdf; Yüksel 2016_07_06 Neues aus Düsseldorf_7.pdf

SPD Ortsverein Eickel

NEWSLETTER SPD-Ortsverein Eickel vom 2016-07-31

Homepage # Termine # Kontakt

Lieber Ralf,

der Abend der Sponsoren des Ortsvereins Eickel mit Gesprächen und Liedern aus der Arbeiterbewegung hat wieder allen Anwesenden viel Spaß gemacht. Die Mitglieder des Ortsvereins und die Gäste honorierten Speis' und Trank mit 1.380 € an Spenden für unsere Ortsvereinsarbeit und die kommenden Wahlkampfkosten. Ein herzliches "Dankeschön" an das Ehepaar Rossa als Gastgeber und alle, die mitgemacht haben!

Ortsverein Eickel

Vorabend der Cranger Kirmes

am Donnerstag, 04. August 2016,
ab 19:00 Uhr im Bayernzelt.

Umzug zur 581. Cranger Kirmes

am Samstag, 06. August 2016,
ab 10:00 Uhr vor dem
Restaurant Taverne Kavala
Hauptstraße 42, 44651 Herne.

Wochenendseminar

Ich möchte dich herzlich zu unserem Wochenendseminar einladern. Diese Einladung ergeht nicht nur an den Vorstand, sondern jedes interessiertze Mitglied kann daran teilnehmen:
Freitag, 09. September bis Sonntag, 11. September 2016 im Hotel

Driland, Gildehauser Straße 350, 48599 Gronau. Tel.: 02562-36 00 #
http://www.driland.de/
„Über den Tellerrand schauen"
Wie wird Politik in unserem Nachbarland Niederlande gemacht.
Weitere Informationen sind in der angehängten PDF-Datei.

Aus dem Vorstand

Vorstandssitzung neuer Termin

Diie für den 25.08. geplante Vorstandssitzung wird vorverlegt auf den 18.08. Ich bitte um Verständnis für diese Terminänderung: Unser Spielplatzfest am Heckenweg findet am 28.08 statt. Durch den neuen Termin haben wir etwas mehr Zeit für die Planung und Umsetzung der Vorbereitungen.

Termine und Informationen

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Arbeitsgemeinschaften Sozialdemokratischer Frauen und Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im SPD Unterbezirk Herne werden am 13.09.2016 eine gemeinsame Veranstaltung zur Reform des Sexualstrafrechts, zu welcher wir hiermit herzlich einladen, durchführen.

Weitere Informationen sind in der angehängten PDF-Datei.

Mit freundlichen Grüßen

Monika Ganteföhr
(Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen im SPD Unterbezirk Herne)

Andreas Reifschneider
(Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen der SPD im Unterbezirk Herne)

Liebe Genossinnen und Genossen,
der Bundesparteitag hatte im Dezember 2015 die vom Parteikonvent bereits 2014 aufgestellten
Voraussetzungen für eine Zustimmung zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA bestätigt.

Im September 2016 wird das neben dem Bundesparteitag höchste Entscheidungsgremium der SPD, der Parteikonvent, über eine Zustimmung zu CETA entscheiden.

Nach einem Kurzgutachten der ASJ NRW sind die durch den Parteikonvent im September 2014
aufgestellten Voraussetzungen im aktuellen Entwurf des Freihandelsabkommens mit Canada nicht eingehalten, bzw. wie der Mitautor des Gutachtens, Folke große Deters es zusammenfasst:"
Die roten Linien des Parteikonvents sind überschritten".
Weitere Informationen sind in der angehängten PDF-Datei.

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen der SPD im Unterbezirk Herne und Ruhr Mitte

In eigener Sache

Über die Intelligenz und den Müll in Wanne-Eickel. LINK

Mit roten Grüßen - Ralf ;O))

Michelle Müntefering, MdB

Newsletter siehe angehängte PDF-Datei.

Serdar Yüksel, MdL

Newsletter siehe angehängte PDF-Datei.

Landtagsabgeordneter warnt vor „Terrorwerkstatt" LINK

Mit freundlichen Grüßen
Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

SPD-Ortsverein Eickel
Vorsitzende Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne
FON: +49 (2325) 45448
FAX +49 (3212) 1019922
MOBIL: +49 (173) 5249144

Bankverbindung:

IBAN: DE15 4325 0030 0013 0035 87
BIC: WELADED1HRN
Kontoinhaber: SPD-OV-Eickel

Ortsverein
Eickel
SPD

✉ SPD OV Eickel • Veilchenweg 36 • D-44651 Herne

An die
Mitglieder des SPD-Ortsvereins Eickel

Ortsvereinsvorsitzende

Elisabeth Majchrzak-Frensel
Veilchenweg 36
D-44651 Herne

☎ Privat +49 (2325) 45448
☎ Mobil +49 (173) 5249144
Fax +49 (3212) 1019922
elisabeth.majchrzak@spd-eickel.de

Herne, Sonntag, 2016-07-31

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie in unserem Terminplan angekündigt möchte ich euch herzlich einladen zum

Wochenendseminar der FES und des SPD-Ortsvereins Eickel

Freitag, 09. September bis Sonntag, 11. September 2016

Hotel Driland
Gildehauser Straße 350
48599 Gronau
Tel.: 02562-36 00 # http://www.driland.de/

„Über den Tellerrand schauen"
Wie wird Politik in unserem Nachbarland Niederlande gemacht

Die Niederlande sind unser Nachbarland. Viele kennen es vom Urlaub oder vom Einkaufen. Doch haben wir uns schon einmal damit auseinandergesetzt, wie dort „Politik gemacht" wird?
Hier gibt es den Bundestag, die Landtage, Rats- und Bezirksvertretungen sowie die politischen Parteien. Wie aber ist dies in den Niederlanden organisiert? Wie findet dort die politische Meinungsbildung statt.

Als Referenten konnten wir Mitglieder der Partij van de Arbeid (PvdA Enschede), der sozialdemokratischen Partei in Enschede, gewinnen.

Das Seminar beginnt am Freitag um 17 Uhr und endet am Sonntag um 15 Uhr. Die Anreise erfolgt mit eigenem PKW; wir wollen jedoch Fahrgemeinschaften bilden. Wenn möglich, bitte bei der Anmeldung mitteilen.

Wem es in Gronau gefällt, der kann das Angebot des Hotels annehmen: **Ihr könnt auch kostenlos bis Montag bleiben.** Das Abendessen am Sonntagabend und das Frühstück am Montag gehen dann auf eigene Kosten. Wer bis Montag bleiben will, soll mir dies bei der Anmeldung mitteilen.

Die Kosten für das Seminar der FES belaufen sich auf **50 €** pro Person im Doppelzimmer, die vor Ort zu entrichten sind. Es stehen auch einige Einzelzimmer mit Zuschlag zur Verfügung.
Ich bitte um verbindliche Anmeldungen bis spätestens zum 15. August 2016.

Bis dahin verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Elisabeth Majchrzak-Frensel
(Ortsvereinsvorsitzende)

„Freier Wille“ und Gegenwehr von Opfern sexueller Gewalt

Bedarf der Opferschutz einer Gesetzesreform?!

Die Arbeitsgemeinschaften sozialdemokratischer Frauen und sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im SPD Unterbezirk Herne laden herzlich ein zur

Diskussionsveranstaltung am 13. September 2016 um 18:00 Uhr im Innovations- und Gründerzentrum (Tagungsraum), Westring 303, 44629 Herne

mit **Dr. Kilian Servais** - der Strafrichter am Landgericht Bochum zeigt die rechtlichen Probleme im Zusammenhang mit dem aktuellen Sexualstrafrecht auf -
und **Dirk Wiese** - der als Jurist und Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages über die geplante Reform des Sexualstrafrechts informieren wird.

Die sexuelle Selbstbestimmung ist als Ausdruck des durch die Verfassung garantierten allgemeinen Persönlichkeitsrechts eines der höchsten Schutzgüter. Doch wie gestaltet sich der Opferschutz in der gerichtlichen Praxis? Welche Formen sexueller Übergriffe sind überhaupt strafbar? Muss ein Opfer Gegenwehr leisten? Ist eine Reform des Sexualstrafrechts überhaupt notwendig, um Wertungswidersprüche und Schutzlücken zu beseitigen? Welche Eckpunkte sieht die Reform vor?

Eine Vielzahl von Fragen, die Antworten suchen!

SPD §
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

SPD
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
ASJ Ruhr-Mitte

ASJ Ru hr-Mi t t e · c/o Daniel Ennever, Fersenbruch 7, 45883 Gelsenkirchen

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Interessierte und Freunde

der Bundesparteitag hatte im Dezember 2015 die vom Parteikonvent bereits 2014 aufgestellten Voraussetzungen für eine Zustimmung zum transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA bestätigt.

Im September 2016 wird das neben dem Bundesparteitag höchste Entscheidungsgremium der SPD, der Parteikonvent, über eine Zustimmung zu CETA entscheiden.

Nach einem Kurzgutachten der ASJ NRW sind die durch den Parteikonvent im September 2014 aufgestellten Voraussetzungen im aktuellen Entwurf des Freihandelsabkommens mit Canada nicht eingehalten, bzw. wie der Mitautor des Gutachtens, Folke große Deters es zusammenfasst:" Die roten Linien des Parteikonvents sind überschritten".

Am 03.08.2016
um 18:30 Uhr
im SPD Parteibüro Herne,
Bochumer Str. 26, Herne

möchten die Arbeitsgemeinschaften der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen Herne und der Ruhr-Mitte über den Inhalt von CETA und über die Einhaltung der vom Parteikonvent gesetzten Voraussetzung diskutieren.

Hierzu konnten wir den Juristen und ersten Vorsitzenden der ASJ NRW, Mitautor des Kurzgutachtens, Folke große Deters gewinnen, der zum Inhalt des Gutachtens und den Auswirkungen von CETA mit uns nach einer kurzen Einführung diskutieren wird.

Alle Interessierten sind herzliche eingeladen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Ennever
Vorsitzender
ASJ Ruhr-Mitte

Bernd Freer
stellv. Vorsitzender
ASJ Ruhr-Mitte

As J Ruhr-Mi t t e
c/o RA Ennever
Fersenbruch 7
45883 Gelsenkirchen

Telefon 0209/944 27 80
Fax 0209/41344
mail@ra-ennever.de

Unter der Kuppel

Für Herne-Bochum II

Newsletter der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering und der SPD-Bundestagsfraktion

Sitzungswoche
4. Juli bis
8. Juli

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Leserinnen und Leser,

das Integrationsgesetz und die finanzielle Unterstützung der Länder und Kommunen, die EEG-Novelle, die Verschärfung des Sexualstrafrechts „Nein heißt Nein“, aber auch die Außenpolitik haben den Bundestag in seiner letzten Sitzungswoche vor der Sommerpause beschäftigt. In unserer letzten Ausgabe vor dem Sommer lest ihr unter anderem einen Artikel unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier, dann gehen auch wir in die Sommerpause. Ich bin in dieser Zeit natürlich auch in Herne und in Bochum unterwegs. Die Cranger Kirmes kann kommen! Ich hoffe, dass ihr an unserem neuen Newsletter gefallen gefunden habt: Wir wollen euch auch in Zukunft weiterhin auf diese Weise über die Arbeit der SPD-Fraktion informieren. Außerdem gibt es nun auch eine Terminseite zu den zahlreichen Aktivitäten der SPD im Wahlkreis Herne-Bochum II. Wir freuen uns, wenn Ihr uns dafür eure Termine aus den Ortsvereinen und Stadtteilen mitteilt! Gerne komme ich auch wieder in die Ortsvereine, in Bochum und in Herne. Meldet euch in unserem Wahlkreisbüro falls ihr wieder einmal über Bundespolitik diskutieren wollt. Ich wünsche allen eine gute Erholung, eine schöne Sommerzeit. Wir sehen uns auf der Cranger Kirmes!

Glück auf
Eure
Michelle Müntefering

Themen in dieser Ausgabe:

Welche Werte leiten uns? Frank-Walter Steinmeier zur Außenpolitik

Reform des Sexualstrafrechts

Verbesserungen beim Mutterschutz

Integrationsgesetz

EEG-Novelle

Kontrolle der Nachrichtendienste

Sieben Milliarden des Bundes für Integration in Ländern und Kommunen

Fastenbrechen in der Ditib-Gemeinde Wanne Nord

Fraktion-vor-Ort: Wie gelingt Integration?

Business Lounge „Internationale Vernetzung – Potenzial für Herne“

Fraktion-vor-Ort Diskussion zur aktuellen Gesundheitspolitik

Mont-Cenis Gesamtschüler interviewen Michelle Müntefering zum Thema Vorurteile

Ov-Fest Bickern

Gespräch in den Werkstätten für Behinderte

Veranstaltungen und Termine

TOP-THEMA

Welche Werte leiten uns?

Von Frank-Walter Steinmeier

Eine Marinebasis in Tripolis, April 2016. Gemeinsam mit meinem französischen Kollegen Jean-Marc Ayrault treffe ich in Libyen mit Ministerpräsident Fayez al-Serraj zusammen, dem Chef der neuen libyschen Einheitsregierung. Es ist eine Regierung ohne Staatsapparat. Nach fünf Jahren Bürgerkrieg ist die Lage im Land verheerend. Das Gesundheitssystem steht kurz vor dem Zusammenbruch, Schulen bleiben vielerorts geschlossen, die Sicherheitslage ist bedrohlich. Im Machtvakuum zwischen den verfeindeten Gruppen im Westen und Osten konnte sich der Islamische Staat entlang eines Küstenstreifens von 200 km ausbreiten. Menschenschlepper können ungestört ihrem Geschäft nachgehen. Um der Einheitsregierung zu helfen, Fuß zu fassen, hat Deutschland im April 2016 gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) die Stabilisierungsfazilität für Libyen“ aus der Taufe gehoben. Mit ihr werden Projekte unterstützt, die für die Bevölkerung spürbare Fortschritte bringen: bei Wasser- und Stromversorgung etwa, durch die Rehabilitation von Gesundheitszentren oder die Wiederherstellung von Schulen.

Gao/Mali, Mai 2016: Wiederum gemeinsam mit Jean-Marc Ayrault besuche ich Camp Castor, wo 650 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr stationiert sind. Sie dienen in der Friedensmission MINUSMA, die dabei helfen soll, die Waffenruhe abzusichern, Zivilisten zu schützen und das Vertrauen zwischen den Konfliktparteien zu fördern. Noch immer ist die Waffenruhe abzusichern, Zivilisten zu schützen und das Vertrauen zwischen den Konfliktparteien zu fördern. Noch immer ist der Frieden im Land brüchig und die Unzufriedenheit der Bevölkerung spürbar. Politische Refor-

men kommen voran, Rebellen werden entwaffnet, aber es dauert. Deutschland entsendet nicht nur Soldaten, sondern unterstützt auch die Reintegration ehemaliger Kämpfer und den Aufbau von Verwaltungsstrukturen.

Unverzichtbares Engagement

Nur zwei Momentaufnahmen aus meinen Reisen der vergangenen Wochen. Zwei von vielen Beispielen, die mir immer wieder vor Augen führen, wie wir den internationalen Erwartungen an unser Land bei der Lösung internationaler Krisen und Konflikte begegnen – und wie unverzichtbar dieses Engagement geworden ist.
Internationale Politik heute ist permanent im Krisenmodus. Zahl und Intensität von Konflikten nehmen zu – und wir haben in der Flüchtlingskrise zu spüren bekommen, wie diese Konflikte uns unmittelbar betreffen. Wir müssen international Verantwortung übernehmen – nicht nur aufgrund Verantwortung für die Welt, sondern auch aus unserem ureigenen Interesse heraus. Wir müssen Krisen frühzeitig erkennen, Eskalationen nach Möglichkeit verhindern, dort, wo es brennt, stabilisierend eingreifen und durch langfristiges Engagement das Wiederaufflammen vermeintlich beigelegter Konflikte verhindern.
Wie tun wir das? Zunächst einmal: durch politische Bemühungen auf allen Ebenen – also die gute alte Diplomatie. Sie ist noch immer die Königsdisziplin der Außenpolitik. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben aber auch gezeigt, dass das alleine nicht ausreicht. Moderne Krisenpolitik muss versuchen, in allen Phasen eines Konflikts einzuwirken, konkret und vor Ort. Sie bedient sich dabei eines „Werkzeugkastens“, der eine breite Palette von Instrumenten bereithält: zivile, polizeiliche und – wo unvermeidbar – manchmal auch militärische.

Mehr Geld für Außenpolitik

In den letzten Jahren haben wir bereits an vielen Stellschrauben im Auswärtigen Amt gedreht, um früher, entschiedener und substanzieller auf die Herausforderungen einer sich rasant verändernden Welt zu reagieren. Der Bundestag hat dies durch den größten Mittelzuwachs seit Jahrzehnten für den Haushalt des Auswärtigen Amts gewürdigt. Erfolge, wie die Rückkehr der Bewohner in vom Islamischen Staat befreite Städte in Irak zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Dennoch gilt es auch innezuhalten, von der Werkbank der konkreten Krisenarbeit zurücktreten und zu fragen: Tun wir immer das Richtige und tun wir es mit den richtigen Mitteln?

BürgerInnen zur Debatte eingeladen

Bis zum Frühjahr kommenden Jahres wird die Bundesregierung eine neue konzeptionelle Grundlage für unser Krisenhandeln beschließen. Wir wollen den Diskussionsprozess nicht in Hinterzimmern oder im kleinen Kreis bewährter Partner führen. Heute, am 5. Juli, sind erstmals engagierte Akteure und interessierte Bürgerinnen und Bürger ins Auswärtige Amt eingeladen, um im „PeaceLab2016“ – einer Art „Werkstatt für den Frieden“ - mit uns zu diskutieren, wo, warum und wie zukünftig die Schwerpunkte vorsorgender Außenpolitik gelegt werden sollen.

Zu Beginn meiner Amtszeit haben wir bereits einmal mit der deutschen Öffentlichkeit selbstkritisch über die Frage diskutiert, wie man deutsche Außenpolitik besser machen kann. Diese gute Erfahrung hat uns noch sensibler für Anregungen von innen und außen gemacht und uns darin bestärkt, stets den Dialog mit Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit zu suchen. Wir wollen dieses Gespräch in den kommenden Wochen und Monaten fortsetzen, auf vielen Veranstaltungen im Land, im Internet und den sozialen Medien.

Antworten gesucht

Am Ende wollen wir Antworten (und seien es nur vorläufige) auf zentrale Fragen finden: Welche Werte und Grundüberzeugungen liegen unserem Handeln zugrunde, welche Interessen verfolgen wir dabei? Wie ordnet sich unser Handeln in den europäischen und globalen Rahmen ein? Wo bietet deutsches Engagement einen besonderen Mehrwert? In welchen Bereichen müssen wir besser werden?
Bei aller Notwendigkeit, Krisenprävention weiter zu denken – drei Grundsätze deutscher Außenpolitik bleiben unverändert: nämlich erstens der Primat des Zivilen, zweitens der Vorrang von Prävention und drittens die Orientierung auf langfristige Friedensförderung hin. Deutsche Außenpolitik ist und bleibt Friedenspolitik.

Der Artikel "Krisenprävention weiter denken" ist in der Frankfurter Rundschau am 05.07.2016 erschienen.

STRAFRECHT

Endlich durchgesetzt: „Nein heißt Nein“

Mit dem Beschluss des Bundestages wird der Grundsatz „Nein heißt Nein“ im Strafrecht verankert. Damit kann die sogenannte Istanbul-Konvention des Europarates in deutsches Recht umgesetzt werden. Künftig wird jede Form der nicht einvernehmlichen sexuellen Handlung unter Strafe gestellt.

Historischer Paradigmenwechsel

Es war ein langer Weg: Jetzt kommt es im Sexualstrafrecht zu einem historischen Paradigmenwechsel. Wir schließen mit der Gesetzesänderung Lücken im geltenden Strafrecht und kommen dem gesellschaftlichen Bedürfnis nach, sexuelle Handlungen gegen den Willen einer Person grundsätzlich unter Strafe zu stellen. Dass viele Fälle, die nach dem Strafempfinden der Bevölkerung nach aktueller Rechtslage nicht strafbar sind, ruft zu Recht großes Unverständnis hervor. Auch mit der Einführung eines Straftatbestands der sexuellen Belästigung beseitigen wir eine Schieflage, denn bisher ist sie nur strafbar, wenn sie am Arbeitsplatz stattfindet. Künftig wird auch bestraft, wenn Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus Gruppen heraus begangen werden.
Eine Modernisierung des Sexualstrafrechts wurde lange diskutiert, die SPD hatte sich immer für den Grundsatz ‚Nein heißt Nein‘ eingesetzt. Erst durch die Ereignisse der Silvesternacht in Köln kam eine gesellschaftliche Debatte in Gang, die nun auch innerhalb der Unionsfraktion zu einem Umdenken geführt hat.
Es ist gut, dass wir mit dem heutigen Beschluss das Selbstbestimmungsrecht von Frauen stärken.

„Freier Wille“ und Gegenwehr von Opfern sexueller Gewalt

Bedarf der Opferschutz einer Gesetzesreform?!

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen
und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen laden zu einer **Diskussionsveranstaltung über die Reform des Sexualstrafrechts** am 13. September 2016 um 18:00 Uhr im Innovations- und Gründerzentrum
Westring 303, 44629 Herne
mit Dr. Kilian Servais , Strafrichter am Landgericht Bochum und Dirk Wiese MdB, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz.
Michelle Müntefering wird zu Beginn in das Thema einführen.

MUTTERSCHUTZ

Mehr Schutz für mehr Frauen und ihre Neugeborenen

Obwohl sich in den letzten Jahrzehnten die Bedürfnisse von Müttern und schwangeren Frauen im Berufsleben wesentlich verändert haben, ist das Mutterschutzrecht seit 1952 kaum geändert worden. Nun hat der Bundestag eine Reforminitiative von Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) in erster Lesung beraten. Die Reform stellt sich dem Anspruch, die Akzeptanz für den Mutterschutz insgesamt zu steigern, Diskriminierung vorzubeugen und die Teilhabe von Frauen zu stärken.

Die wichtigsten geplanten Mutterschutz-Neuregelungen:

Mehr Frauen profitieren vom Mutterschutz: Auch Schülerinnen, Auszubildende, Praktikantinnen, Studentinnen und viele weitere Personengruppen sollen zukünftig in den Anwendungsbereich des Mutterschutzgesetzes einbezogen werden.
Für Beamtinnen, Richterinnen und Soldatinnen soll das gleiche Mutterschutzniveau wie für andere Beschäftigte gelten. Regelung ist nicht hinreichend bekannt und wird deshalb bis dato in der Praxis zu selten angewandt.

!m Falle der Geburt eines behinderten Kindes soll die gesetzliche Mutterschutzfrist von acht auf zwölf Wochen verlängert werden. Auch soll der Kündigungsschutz nach einer Fehlgeburt nach der zwölften Schwangerschaftswoche auf vier Monaten erhöht werden.

Außerdem wird die Regelung von Arbeitsverboten präzisiert. Dadurch sollen berufliche Nachteile für Frauen vermieden werden. Priorität hat aber weiterhin ein angemessener Gesundheitsschutz.

FLÜCHTLINGSPOLITIK

Verbindliche Regeln für die Integration

Mit dem Integrationsgesetz werden erstmals verbindliche Regeln für Integration geschaffen. Das Gesetz verbessert die Angebote zum Spracherwerb und fördert eine schnelle Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig fordert das Gesetz die aktive Beteiligung an diesen Angeboten ein.

Integration in den Arbeitsmarkt

Die Integration auf dem Arbeitsmarkt ist einer der Kernpfeiler für gesellschaftliche Integration. Für einen schnellen und sinnvollen Beschäftigungseinstieg werden 100.000 zusätzliche, gemeinnützige Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Weiterhin wird die Förderung der Berufsausbildung gezielter ausgestaltet. Zudem wird die Vorrangprüfung befristet für drei Jahre bei Asylsuchenden sowie Geduldeten ausgesetzt.

Ausbildung fördern

Darüber hinaus soll es Rechtssicherheit für Flüchtlinge in Ausbildung und die auszubildenden Betriebe geben: Der Aufenthaltsstatus von geduldeten Auszubildenden in schulischer und betrieblicher Ausbildung wird so geregelt, dass eine Duldung für die Gesamtdauer der Ausbildung gelten wird. Bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung wird ein Aufenthaltsrecht für zwei weitere Jahre erteilt (sog. „3+2-Regel“). Die derzeit hierfür gültige Altersgrenze von 21 Jahren wird aufgehoben. In den Verhandlungen konnte die SPD durchsetzen, dass bei einem Ausbildungsabbruch die Duldung einmalig zur Suche eines neuen Ausbildungsplatzes um sechs Monate verlängert wird.

Spracherwerb

Um de raschen Spracherwerb besser zu fördern, erleichtert das Gesetz den Zugang zu den Integrationskursen für Asylsuchende mit guter Bleibeperspektive. Zudem sollen die Wartezeiten bis zum Zustandekommen eines Integrationskurses von bisher drei Monaten auf sechs Wochen verkürzt werden.

Anreize für Integration

Der Gesetzentwurf sieht gleichzeitig Anreize für einen schnellen Erwerb der deutschen Sprache und die frühe Eingliederung in den Arbeitsmarkt vor. Die Kriterien zur Erteilung des Daueraufenthaltsrechts sollen künftig gestaffelt werden. Wer sich beim Spracherwerb und der Integration in den Arbeitsmarkt anstrengt, soll etwas davon haben. Bereits nach drei Jahren wird Flüchtlingen eine Niederlassungserlaubnis erteilt, wenn sie die deutsche Sprache beherrschen und ihren Lebensunterhalt weit überwiegend selbst sichern. Nach fünf Jahren erhalten Flüchtlinge eine Niederlassungserlaubnis, wenn sie es schaffen, neben weiteren Kriterien hinreichende deutsche Sprachkenntnisse vorzuweisen und ihren Lebensunterhalt überwiegend zu sichern.

Wohnsitzauflage

Mit der Einführung einer befristeten Wohnsitzzuweisung für anerkannte Flüchtlinge und Asylsuchende soll den Bundesländern die Möglichkeit gegeben werden, die Verteilung von Schutzberechtigten besser zu steuern. Die SPD hat darauf geachtet, dass diese Regelung einer schnellen Eingliederung in den Arbeitsmarkt nicht entgegensteht: Beschäftigung mit einem Umfang von mindestens 15 Stunden wöchentlich aufnimmt, die den durchschnittlichen Bedarf einer Einzelperson in der Grundsicherung für Arbeitsuchende für Regelbedarf und Kosten der Unterkunft deckt, ist deshalb von der Wohnsitzzuweisung ausgenommen. Auch sollen Familien nicht getrennt werden.

NACHRICHTENDIENSTE

Bundestag verstärkt Kontrolle der Nachrichtendienste

Der Bundestag verstärkt und erweitert die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes. So soll ein Ständiger Bevollmächtigter im Auftrag des Parlamentarischen Kontrollgremiums als dessen verlängerter Arm installiert werden. Auch der Schutz von Whistleblowern in Behörden wird verbessert. Da der Bundesnachrichtendienst und das Bundesamt für Verfassungsschutz mit erweiterten Ermächtigungen ausgestattet wurden oder werden, muss ihre Kontrolle ebenfalls entsprechend erweitert werden. So wird das gestärkte PKGr zukünftig wesentlich besser prüfen können, ob die Nachrichtendienste ihre Befugnisse auch rechtmäßig und politisch verantwortlich ausüben.

BND-Gesetz

Auch das BND-Gesetz wird grundlegend reformiert und aktuellen Herausforderungen angepasst. Die Arbeit des Bundenachrichtendienstes wird rechtlich auf eine klare Grundlage gestellt und gesetzlich definiert, was der Geheimdienst darf und was nicht. Insbesondere wird die Einhaltung des Datenschutzes besser kontrolliert.

ENERGIE

EEG-Novelle: Kostendynamik durchbrechen, Ausbau planvoll vorantreiben

Der Bundestag hat in der letzten Sitzungswoche die Novelle des Erneuerbaren Energie-Gesetzes beschlossen. Die Erfolgsgeschichte der erneuerbaren Energien will die Koalition damit fortsetzen und ihre Weiterentwicklung für alle Akteure verlässlich gestalten. In der aktuellen Novelle geht es darum, die Kostendynamik zu durchbrechen, den Ausbau der erneuerbaren Energien planvoll voranzutreiben und sie weiter an den Markt heranzuführen.

Kernpunkte

Die Novelle ist durch zwei Kernvorhaben geprägt:
Zum einen soll die Einspeisevergütung für Strom aus Erneuerbare-Energien-Anlagen zukünftig wettbewerblich im Rahmen von Ausschreibungen ermittelt werden. Um die Akteursvielfalt zu erhalten, wird für so genannte Bürgerenergiegesellschaften die Teilnahme an Ausschreibungen für Onshore-Windprojekte erleichtert.

Zum anderen erfolgt durch die Ausschreibungen eine Mengensteuerung, um den Ausbau der Erneuerbare-Energien-Anlagen stärker mit dem Netzausbau zu synchronisieren. Damit sollen der Ausbau gleichmäßiger im Bundesgebiet verteilt und die Übertragungsnetze entlastet werden.

In Zukunft geht der Ausbau der erneuerbaren Energien Hand in Hand mit dem Ausbau der Stromnetze. Denn Strom zu produzieren, der nicht beim Kunden ankommen kann, verursacht vor allem eines: Sinnlose Kosten für Verbraucherinnen und Verbraucher. Künftig tragen Ausschreibungsverfahren zur besseren Wirtschaftlichkeit der Erneuerbaren bei. Gleichzeitig sorgen sinnvolle Ausbaukorridore für eine nachhaltige Förderung erneuerbarer Energien.

Ein wichtiger Erfolg ist zudem, dass die Sozialdemokraten eine Regelung durchgesetzt haben, die Bürgerenergiegesellschaften besserstellt als große Unternehmen. Sie müssen für ihre Teilnahme an den Ausschreibungen keine immissionsschutzrechtliche Genehmigung vorlegen und sparen sich damit die hohen Vorlaufkosten.

KOMMUNALFINANZEN

Sieben Milliarden des Bundes für Integration in Ländern und Kommunen

Der Bundestagsabgeordnete Bernhard Daldrup ist Vorsitzender AG Kommunalpolitik und kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Über die Auswirkungen der letzten Beschlüsse berichtet er:

„Der Bund hat in diesen Tagen rund 14,6 Milliarden Euro an Unterstützung für Länder und Kommunen zugesagt: sieben Milliarden für die Integration von Flüchtlingen und zur Förderung des Wohnungsbaus, 2,6 Milliarden für die flüchtlingsbedingten Kosten der Unterkunft in den Jahren 2016 bis 2018 und weitere fünf Milliarden als Entlastung für die Kommunen ab 2018 jährlich. Die SPD unterstützt Länder und Kommunen in größtmöglichem Umfang. Dem trägt die Bundesregierung Rechnung. Das ist gut so.

Nach der gestrigen Vereinbarung der Ministerpräsidenten der Länder und der Koalitionsspitzen erhalten die Länder von 2016 bis 2018 jährlich zusätzlich zwei Milliarden Euro über eine Erhöhung ihrer Umsatzsteueranteile zur freien Verwendung als Integrationspauschale. Darüber hinaus werden die Mittel für die soziale Wohnraumförderung um 500 Millionen Euro für die Jahre 2017 und 2018 erhöht und über die Kompensationsmittel den Ländern zur Verfügung gestellt.

Geld muss in den Kommunen ankommen

Die Länder sind aufgefordert, einen erheblichen Teil der Integrationspauschale auch an die Kommunen weiterzuleiten, weil dort die meisten Integrationskosten entstehen. Die Kommunen haben erhebliche Aufwendungen für mehr Personal, Erzieher und Erzieherinnen, Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Sachaufwendungen an Schulen, Koordinierung der Freiwilligenarbeit, Organisation von Arbeitsmöglichkeiten. Sie übernehmen diese Leistungen im Interesse unserer gesamten Gesellschaft, ohne auf die Ursachen der Ausgaben Einfluss nehmen zu können.
Auf keinen Fall dürfen die Mittel für Integration mit den Entlastungen bei Sozialausgaben in Höhe von fünf Milliarden Euro jährlich ab 2018 vermischt werden. Sie haben keinen Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik und müssen komplett in den kommunalen Haushalten landen.“

STADTGESELLSCHAFT

Fastenbrechen im Ramadan

Michelle Müntefering, Nurten Öczelik und Ibrahim Baltaci vom Herner Integrationsrat und Gemeindemitglieder vor der Moschee

Die „Kadir Nacht“ (arabisch = Lailatul-Qadr, deutsch = Nacht der Bestimmung), ist die Bezeichnung für eine Nacht im Ramadan, in welcher dem Propheten Muhammed durch den Erzengel Gabriel der Quran / Koran offenbart wurde. Diese bedeutsame Nacht fällt im Jahr 2016 auf den 01.07.2016. Die Ditib-Gemeinde Wanne-Nord lud Michelle Müntefering zum Fastenbrechen in dieser gesegneten Nacht ein.

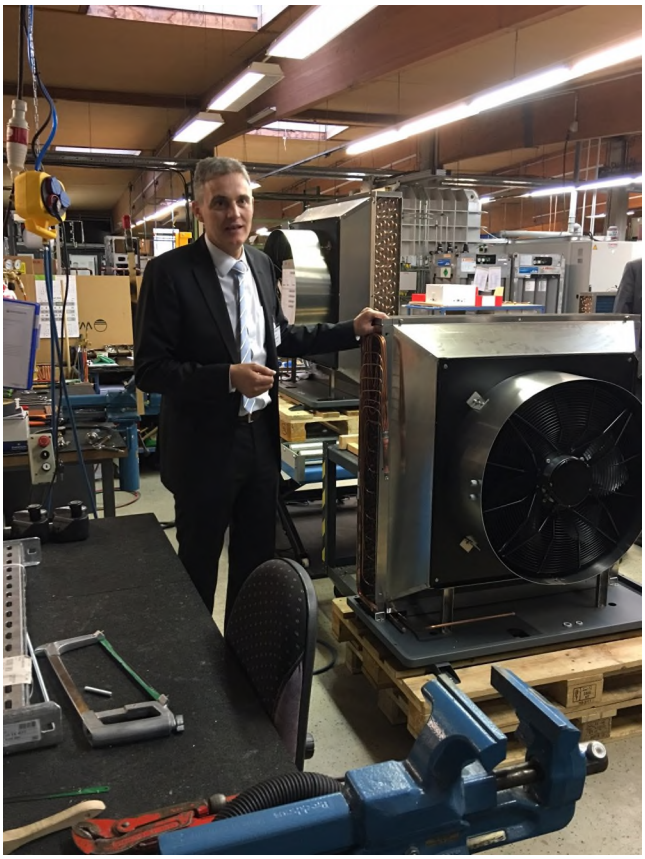
BUNDESTAGSFRAKTION VOR ORT IN CASTROP-RAUXEL

Wie gelingt Integration?

Zusammenarbeit unter den Kollegen im Ruhrgebiet: Frank Schwabe, MdB und Michelle Müntefering, MdB diskutierten bei der „Fraktion-vor-Ort“ am Sonntagnachmittag mit haupt- und ehrenamtlichen Helfern aus Castrop-Rauxel über das neue Integrationsgesetz und darüber wie Integration gelingen kann.

WIRTSCHAFT - BUSINESS LOUNGE

Internationale Vernetzung – Potenzial für Herne



Die internationale Vernetzung der Unternehmen im Ruhrgebiet, auch in unserer Stadt, bietet Chancen für Wachstum und Arbeitsplätze. Über das Potential der Herner Wirtschaft referierte Michelle Müntefering auf Einladung des Vereins PRO|transfer im Rahmen der Veranstaltungsreihe Business Lounge. RO|transfer ist ein Verein, dem Herner Unternehmer und Repräsentanten der Herner Wirtschaft angehören und hat sich zur Aufgabe gemacht, Herner Unternehmen miteinander zu vernetzen.
Beispielhaft beschrieb die Abgeordnete die Chancen auf den Märkten USA, Türkei und China: „In China kennt nicht nur der Staatspräsident das Ruhrgebiet. In der aktuellen Erklärung der Länder China und Deutschland ist das Ruhrgebiet explizit erwähnt.“ Im Anschluss an den Vortrag stellten Dr. Johannes Bock und Claus-Rainer Fischer die Firma Waterkotte vor. Die Firma Waterkotte ist Erfinder der Wärmepumpe und heute ein High-End-Hersteller dieser innovativen Technik.

BUNDESTAGSFRAKTION VOR ORT IN BOCHUM

Diskussion zur aktuellen Gesundheitspolitik

Die Bundestagsabgeordneten Axel Schäfer und Michelle Müntefering luden zur Diskussion über die Reformen in der Gesundheits-und Pflegepolitik bei ThyssenKrupp Steel in Bochum ein. Zu Gast war der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bundestag, Dr. Edgar Franke, MdB. Er stellte die durchgeführten und geplanten Gesetzesreformen vor. Michelle Müntefering wies daraufhin, dass in der Region mittleres Ruhrgebiet in diesem Bereich über 50.000 Beschäftigte tätig sind. Mit den Reformen der letzten Jahre hat die SPD die richtigen Weichen gestellt: Verbesserungen für Demenzkranke, Entlastung für pflegende Angehörige, Unterstützung für Hospize, Förderung der Gesundheitsprävention sind Beispiele für erfolgreiche Politik.

WAHLKREIS-GESPRÄCH

Mont-Cenis Gesamtschule: Interview zum Thema Vorurteile

Den Weg ins Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Michelle Müntefering fanden sieben Schülerinnen und Schüler der Mont-Cenis-Gesamtschule. Für ihre Internet-Schülerzeitung führten die Jugendlichen ein Interview mit facettenreichen Fragen zum Thema „Vorurteile“. Dabei ging es unter anderem darum, wie mit Klischeevorstellungen umgegangen wird. Michelle Müntefering betonte: „Vorurteile gibt es überall. Darüber muss man sich klar sein. Dann kann man lernen, dann kann man sie abbauen“, so die SPD-Politikerin.

OV-FEST BICKERN

So feiern Genossen

Der Dattelner Hafenchor beim Familienfest des Ortsvereins Bickern

Die SPD Bickern lud—wie in jedem Jahr—zu ihrem Familienfest auf dem Bickernplatz ein—und alle kamen, Groß und Klein, Jung und Alt. Gemeinsam wurde bei Musik, Kuchen und Grillwürstchen, das gute Wetter genutzt, um zu feiern, zu reden, zu diskutieren. Die Kinder nutzten die zahlreichen Spielmöglichkeiten, der Dattelner Hafenchor erfreute die Erwachsenen mit Seemannsliedern.

HERNER PRESSE

Sommerinterview in Berlin

Die **Sonntagsnachrichten Herne** haben Michelle Müntefering letzte Woche in Berlin besucht. Pit Hermann interviewte Michelle Müntefering zu ihrer Arbeit als Abgeordnete. Der Artikel ist in der Ausgabe Nr. 28 der Sonntagsnachrichten erschienen. Als PDF kann der Bericht „Botschafterin Hernes in aller Welt“ auf der Homepage der Sonntagsnachrichtunter nachgelesen werden (www.sn-herne.de)

HERNE/BOCHUM

Termine

Stadtteilfest auf dem Marktplatz Wanne-Nord

Der SPD-Ortsverein Wanne lädt am Sonntag , den 31. Juli 2017 von 14.00 bis 20.00 Uhr zu seinem traditionellen Stadtteilfest auf den Marktplatz Wanne-Nord (Wanner Markt) am Sonntag vor der Cranger Kirmes ein.

Teichfest

Am Sonntag, den 21. August findet das traditionelle Teichfest des Ortsvereins Altenhöfen statt. Von 11.00 bis 18.00 Uhr sind alle Interessierten eingeladen auf der Wiese am Ententeich (Eichenweg) mitzufeiern.

Sommerstammtisch SPD Bochum Ost

Der SPD-Stadtbezirk Bochum-Ost lädt am Montag, den 22.08.2016, 19:00 Uhr am: Üminger See zu seinem 2. Sommerstammtisch ein.

Sommerfest Pantringshof

Der SPD-Ortsverein Pantringshof lädt zu seinem Sommerfest am 27.08.2016 von 14.– 18.00 Uhr auf den Schulhof der Erich-Kästner-Schule, Eberhardt-Wildermuth-Str. 45 ein.

Gemeinsames Sommerfest OV Constantin und Arbeiterwohlfahrt

Von 11.00 bis 18.00 Uhr laden der SPD-Ortsverein Constantin und die Arbeiterwohlfahrt am Samstag, den 27.August am AWO-Seniorenzentrum Willi - Pohlmann auf der Kronenstr. 6 zu ihrem Sommerfest ein.

Kinderspielfest am Spielplatz Heckenweg Heckenweg

Der Ortsverein Eickel lädt Groß und Klein am Sonntag den 28.August ab 15.00 Uhr zu seinem Kinderspielfest am Spielplatz Heckenweg, Eingang Tulpenweg /Veilchenweg ein.

Weitere Termine können uns gerne mitteilt werden, damit wir sie veröffentlichen können.

Wanderausstellung Deutscher Bundestag

Auf Initiative von Michelle Müntefering präsentiert sich der Deutsche Bundestag vom 29. August bis zum 02. September in der Bezirksverwaltungsstelle Nord, Heinrichstraße 42 in Bochum. Auf Schautafel, an Computerterminals, in Filmen und mit Infomaterial wird die Arbeit des Bundestags dargestellt. Darüber hinaus steht ein Ansprechpartner zur Verfügung und über das Wahlkreisbüro können Termine für Vorträge und Diskussionsrunden vereinbart werden.

Röhlinghausen bewegt sich

Der SPD-Ortsverein Röhlinghausen lädt gemeinsam mit Vereinen und Verbänden aus dem Stadtteil zu Unterhaltung, buntem Programm, einer großen Auswahl von Leckerem und vielen Informationen am Sonntag, dem 04. September von 13.00 bis 17.00 Uhr ins Volkshaus Röhlinghausen ein.

MITARBEITER

Tolle Stimmung im Team

Normalerweise saß Toni schon am Schreibtisch: Sieben Wochen lang unterstützte Toni Verch als studentischer Mitarbeiter das Berliner Team, trotz manchmal beengter Bürosituation hat es Toni sehr gut gefallen. Toni half bei der inhaltlichen Arbeit, insbesondere im Bereich Außenpolitik, begleitete Michelle bei Terminen und erhielt dadurch auch ein besseres Verständnis von den parlamentarischen Abläufen.
Viel Erfolg Toni für die Zukunft und Danke!

GESPRÄCH IN DEN WERKSTÄTTEN FÜR BEHINDERTE (WfB)

Inklusion leben

Geschäftsführer Rochus Wellenbrock und Michelle Müntefering sitzen auf Sonnenliegen „made in der WfB Herne“

Die Bundestagsabgeordnete Michelle traf am Dienstag, den 12. Juli 2016 den neuen Geschäftsführer der Werkstätten für Behinderte Herne/Castrop-Rauxel, Rochus Wellenbrock, in den Räumen der WfB an der Langforthstraße. Zentrale Themen waren natürlich das neue Bundesteilhabegesetz, vor allem aber die Zukunft der Herner Werkstätten. Das Bundesteilhabegesetz schafft viele Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen, bedarf aber in einzelnen Punkten noch der Nachbesserung. Zurzeit wird diese große Gesetzesnovelle zwischen allen beteiligten Verbänden, Organisationen und den Ministerien diskutiert, nach der Sommerpause finden die parlamentarischen Beratungen über das Bundesteilhabegesetz statt. „Das Bundesteilhabegesetz ist eines der wichtigsten Projekte in dieser Legislaturperiode. Wir wollen Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen erreichen“, so Michelle Müntefering. „Am jetzigen Entwurf wird es sicher noch einige Änderungen geben.“
Rochus Wellenbrock schilderte dann die Situation der Werkstätten in Herne und Castrop-Rauxel. Einig waren sich Herr Wellenbrock und Michelle Müntefering, das Inklusion gelebt werden muss: „Die Arbeit der behinderten Menschen darf nicht nur in den Gebäuden der Werkstätten stattfinden, die Arbeitsplätze müssen raus in die Öffentlichkeit, in die Stadt, in Unternehmen in Herne“, so Rochus Wellenbrock. Darüber hinaus will die WfB noch mehr in die Öffentlichkeit gehen, werben für ihre Arbeit und vor allem für ihren vielen hervorragenden Eigenprodukte. .

IMPRESSUM:

Michelle Müntefering , MdB

Michelle Müntefering
Platz der Republik 1
11011 Berlin
030 / 227 - 7 31 34
www.michelle-muentefering.de

Wahlkreis:
Bochumer Str. 26
44623 Herne
Telefon: 0 23 23/94 91 35
Fax: 0 23 23/94 91 16
E-Mail:
michelle.muentefering@bundestag.de

Neues aus Düsseldorf

Der Landtagsnewsletter von Carina Gödecke und Serdar Yüksel

Ausgabe 07/2016

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Genossinnen und Genossen,

in unserem Juli-Newsletter möchten wir Ihnen und euch über die Debatten und Beschlüsse des Plenums sowie über aktuelle Meldungen aus unseren Wahlkreisen Bochum, Wattenscheid und Herne berichten, bevor die parlamentarische Sommerpause beginnt.

Ein wichtiges Thema im Juli-Plenum war das Wohl der Kinder in Deutschland. Zum einen wurde der Entwurf der Landesregierung zu Überbrückung der Finanzierung von Kindertageseinrichtungen diskutiert. Ziel ist es, qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sicherzustellen, bis das neue und umfassende Gesetz fertig erarbeitet ist. Darüber hinaus wurde im Plenum ein Antrag der Koalitionspartner zur Einführung eines Umgangsmehrbedarfs für Alleinerziehende thematisiert. Hierdurch soll das kindliche Existenzminimum in beiden elterlichen Haushalten gewährleistet werden.

Die digitale Kommunikation bestimmt immer mehr unseren Alltag und birgt Chancen aber auch Gefahren. Ein zentrales Thema in diesem Bereich ist die sogenannte Cybergewalt. Damit befasst sich ein Antrag von SPD und Grünen. Ziel ist es die Öffentlichkeit im Hinblick auf Cybergewalt zu sensibleren und aufzuklären sowie Präventionsarbeit zu leisten und Medienkompetenz zu stärken. Auch der „Brexit“ und Änderungen des Polizeigesetzes wurden debattiert.

Vor Beginn der Plenartage fand am Dienstagabend das jährliche Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion statt. Außerdem besuchten uns am Rande des Plenums Narin und Martin, die uns als Abgeordnete bzw. Parlamentspräsident beim Jugend-Landtag 2016 vertreten haben. Ihre persönlichen Eindrücke schildern die beiden in unserem aktuellen Newsletter.

Wir verabschieden uns nun in die parlamentarische Sommerpause und werden Sie und euch in dieser Zeit auf unseren Homepages über Neuigkeiten und unsere Termine im Wahlkreis informieren. Hier auch noch ein Veranstaltungshinweis: Am 23. August findet zwischen 10 und 14 Uhr unser Informationsstand „Fraktion im Dialog“ auf dem Husemannplatz in Bochum statt. Wir freuen uns auf zahlreiche anregende Gespräche mit Ihnen und euch über die Landespolitik und vieles mehr.

Viel Spaß beim Lesen des Newsletters und eine erholsame Sommerzeit mit gutem Wetter!

Beste Grüße

C. Gödecke

Carina Gödecke MdL

Serdar Yüksel

Serdar Yüksel MdL

Gut geplant: Güter konzentrieren mit neuem Logistikkonzept

Die Landtagssitzung am Mittwoch begann mit einer Unterrichtung der rot-grünen Landesregierung bezüglich des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzeptes. Dabei ging es unter anderem um die Weiterentwicklung des Logistikstandortes Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die Binnenschifffahrt. Nordrhein-Westfalen ist eine Logistikdrehscheibe von europäischem Rang: Mit 120 öffentlichen Binnenhäfen und 720 Kilometern Wasserstraßen können Güter hervorragend auf dem Wasser transportiert und dadurch Straßen und Schienen entlastet werden. Voraussetzung ist: Der Bund löst den Investitionsstau bei diesen Bundesverkehrswegen auf und sorgt dafür, dass wettbewerbsfähige Schiffe fahren können, Schleusenanlagen repariert und erneuert sowie vermehrt schadstoffarme Antriebe genutzt werden. Landesseitig ist es notwendig, dass ausreichend Flächen für die Binnenhäfen zur Verfügung stehen. Auch der Ausbau der multimodalen Standorte zur Umladung von LKW auf Schiff oder von Schiff auf Bahn muss forciert werden. Die Realisierung konkreter Bauprojekte kann nur gelingen, wenn die einzelnen Maßnahmen vom zuständigen Bundesverkehrsminister verlässlich mitfinanziert werden. Das Land wird seinen Beitrag dazu leisten wie bereits in den vergangenen Jahrzehnten.

Schritt für Schritt: Starke kommunale Selbstverwaltung

Unsere nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden schaffen eine Basis für die Arbeit vor Ort, um den Menschen genug Freiraum für eigenes Engagement und eigene Anliegen zu geben. Kommunale Selbstverwaltung ist in diesem Sinne ein Erfolgsmodell. Wesentlich hierbei sind das ehrenamtliche Mitwirken der Bürgerinnen und Bürger und deren maßgeblicher Einfluss auf die Verwaltung. Deshalb haben wir zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des kommunalen Ehrenamts eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Sie verabschiedete folgende Handlungsempfehlungen:

- Verbesserungen in der Landschaftsverbandsordnung,
- Umsetzung der Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zur Regelung der Einrichtung von Seniorenbeiräten in der Gemeindeordnung,
- Regelung der Einstufung von Hauptverwaltungsbeamten im Verwaltungsrat einer Sparkasse beziehungsweise von Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamten in beratender Funktion bei einer Zweckverbandssparkasse als Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst.

Am Mittwoch legten die Fraktionen von SPD und Grünen nun einen entsprechenden Gesetzentwurf im Landtag vor. Er enthält wesentliche Neuregelungen.

Vorbildlich: Volles Vertrauen durch neue Vorgaben für Polizei

An zwei Stellen sieht der Entwurf der beiden Koalitionsfraktionen eine Änderung im Polizeigesetz Nordrhein-Westfalens vor. Es soll eine Legitimations- und Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten eingeführt werden. Schon jetzt müssen sie sich auf Verlangen eines von einer Maßnahme Betroffenen mit dem Dienstausweis legitimieren, außer das Vorzeigen würde die polizeiliche Aktion vereiteln oder es entstünde dadurch eine Gefahr. Bei Zivilfahndungen müssen sie dies unaufgefordert tun.

Bisher gibt es lediglich eine sogenannte 'taktische Kennzeichnung': Die Beamtinnen und Beamten tragen eine Ziffernfolge auf dem Rücken des Einsatzanzuges. So können sie einem Zug zugeordnet werden. Jedoch ist dadurch keine persönliche Zuordnung möglich. Deshalb soll nun mit der Einführung der Kennzeichnungspflicht jedem Polizisten ergänzend ein Buchstabe individuell angefügt werden. Die Kennzeichnungspflicht ist dabei vor allem als eine vertrauensfördernde Maßnahme zu verstehen.

Die zweite Änderung betrifft die Einführung sogenannter Bodycams. Zunächst handelt es sich um einen Versuch bis Jahresende 2019. Dieser soll wissenschaftlich ausgewertet und anschließend über eine mögliche Verlängerung entschieden werden. Verschiedene Länder und der Bund erproben die Kameras bereits. Nach dem Gesetzentwurf können damit Ton- und Bildaufnahmen angefertigt werden.

Der Einsatz von Bodycams ist eine präventive Maßnahme, die deeskalierend in Konfliktsituationen angewandt werden soll. Sie dient insbesondere auch der Fürsorge gegenüber unseren Polizistinnen und Polizisten.

Wertvolles Wasser: Wegweisendes neues Wassergesetz

In Nordrhein-Westfalen finden sich Flüsse und Bäche mit einer Gesamtlänge von etwa 55.000 Kilometern. Sie bilden ein wichtiges Trinkwasser-Reservoir für die Menschen. Rund 60 Prozent des Trinkwassers gewinnen wir in NRW aus Oberflächenwasser. Zugleich ist Wasser eine wichtige Grundlage für die Wirtschaft. Die hohe Bevölkerungs- und Industriedichte führt zwangsläufig dazu, dass NRW die Gewässer mehr beansprucht als andere Regionen. Folglich hat sich das Grundwasser vor allem in den landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebieten verschlechtert hat. Deshalb muss dem Gewässerschutz Vorrang eingeräumt werden – auch um die Vorgaben der EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) einhalten zu können.

Das bisherige Landeswassergesetz geht im Wesentlichen auf Regelungen aus dem Jahr 1977 zurück. Gerade im Bereich des Bundes- und EU-Rechts wurden seitdem zahlreiche Änderungen vorgenommen, zuletzt 2009 durch die Neuordnung des Bundeswasserrechts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG). Diese Änderungen und die Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie verlangen nun zwingend eine Novellierung des Landeswassergesetzes. Mit dem neuen Gesetz schaffen wir eine zukunftsorientierte Rechtsgrundlage. Es werden neben der Anpassung an bundes- und europarechtliche Standards auch die im Bundesgesetz angelegten Freiheiten genutzt, um NRW-spezifische Lösungen zum Gewässerschutz zu entwickeln. Am Mittwoch wurde der neue Gesetzentwurf im Landtag vorgestellt.

Klare Kommunikation: Online-Korrespondenz in Verwaltung

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung muss weiter vorangetrieben werden. Kommunikation soll zunehmend auf elektronischem Weg ermöglicht werden. Dafür müssen von Land und Kommunen geeignete Angebote geschaffen werden. Der Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung für ein E-Government-Gesetz schafft dafür eine gute rechtliche Basis. Schon während der Anhörung im Frühjahr traf der Entwurf auf breite Zustimmung bei den beteiligten Sachverständigen. Mit dem Gesetz werden beispielweise Geschäftsprozesse durch die Einführung der E-Akte optimiert und es können Verwaltungsverfahren beschleunigt und Verfahrenskosten gesenkt werden. Künftig sollen Bürgerinnen und Bürger elektronisch unter anderem einen neuen Personalausweis beantragen können. Auch die Beschäftigten in den Ämtern werden von dem neuen Gesetz profitieren: Sie können ihre Aufgaben effizienter bewältigen, etwa durch schnelleren Datenaustausch oder den Online-Zugriff auf Akten.

Um die Voraussetzungen dafür möglichst schnell zu schaffen, bitten die Fraktionen von SPD und Grünen die Landesregierung eine geeignete Roadmap zu entwickeln und dem Landtag dazu regelmäßig zu berichten.

In den Kommunen gibt es bereits vielversprechende Reformansätze. Die Regierungsfraktionen wollen diese weiter unterstützen: unter anderem mit einem Förderprogramm insbesondere für kleine Gemeinden und durch einen koordinierten landesweiten Austausch zwischen Land und Kommunen. Am Mittwoch wurde über den Gesetzentwurf und einen Antrag der Koalitionsfraktionen im Landtag debattiert.

Formal: Vorsorgende Verbesserungen in Kita-Finanzierung

Die Landesregierung stellt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen bis zur Erarbeitung eines neuen und umfassenden Gesetzes sicher.

So werden unter anderem die freiwerdenden Mittel aus dem gekippten Betreuungsgeld des Bundes direkt in die frühkindliche Bildung und somit unmittelbar an die Einrichtungen weitergeleitet. Damit stehen den Kindertageseinrichtungen nochmals 331 Millionen Euro in den kommenden drei Jahren zur Verfügung. Zugleich wird die Dynamisierung der Kindpauschale von 1,5 auf 3 Prozent angehoben. Dadurch können sich die Träger der Einrichtungen nicht sanieren, das ist den Beteiligten auch bewusst, jedoch ist es eine wichtige finanzielle Anerkennung des Landes.

In dem neuen noch auszuhandelnden Gesetz soll die frühkindliche Bildung dann auf soliden finanziellen Füßen stehen. Die Eckpunkte werden wir noch bis zum Ende der laufenden Legislatur vorlegen. Am Donnerstag wurde über das Überbrückungsgesetz diskutiert.

Unangemessen und ungerecht: Alleinerziehende benachteiligt

Mit ihrem Antrag „Ungerechtigkeiten für Alleinerziehende im SGB-II-Bezug beseitigen – Umgangsmehrbedarf realisieren!“ setzten sich die Fraktionen von SPD und Grünen am Donnerstag für einen pauschalen Umgangsmehrbedarf im Sozialgesetzbuch (SGB) II ein.

Derzeit wird das Sozialgeld getrennt lebender Eltern je nachdem, wie lange sich das Kind bei dem einen oder anderen Elternteil aufhält, auf beide Haushalte aufgeteilt. Dies führt zu einer Bedarfsunterdeckung im Haushalt des alleinerziehenden Elternteils. Vor allem in den Ferien, wenn die Kinder mehr als das sonst übliche Wochenende beim anderen Elternteil verbringen, sorgt dies für ein erheblich geringeres Einkommen, ohne dass der Bedarf sinkt: Miete, Telefon, Nebenkosten für die Wohnung, Vereinsbeiträge und anderes mehr bleiben in gleicher Höhe bestehen. Deshalb fordern SPD und Grüne die gesetzliche Verankerung eines pauschalen Umgangsmehrbedarfs im SGB II. Dieser Mehrbedarf sollte dem Umgangsberechtigten zukommen.

Die Leistungen in der Bedarfsgemeinschaft des hauptverantwortlichen Elternteils sollen dabei nicht gekürzt werden. Ziel ist es, das kindliche Existenzminimum in beiden Haushalten zu sichern und positive Anreize zu schaffen, die den Umgang beider Elternteile mit ihrem Kind fördern. Insbesondere Frauen werden durch den Umgangsmehrbedarf profitieren, denn diese übernehmen immer noch häufiger alleine die Erziehung ihrer Kinder als Männer.

Klug kombiniert: Klare und konstruktive Regeln für Kreistage

Mit dem Gesetzentwurf zur Stärkung der Kreistage wollen wir die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten der Kreistage an die Möglichkeiten der Räte in den Gemeinden angleichen. Damit passen wir die gegenwärtig unterschiedlichen Regelungen in der Kreis- und Gemeindeordnung über die Zuständigkeiten und Kompetenzen der verschiedenen Organe an.

Inhaltlich wird die Kreisordnung in folgenden Punkten geändert:

- Einführung der (eingeschränkten) Allzuständigkeit der Kreistage für die Angelegenheiten der Kreisverwaltung sowie eines Rückholrechts bei Geschäften der laufenden Verwaltung, die als auf die Landrätin bzw. den Landrat übertragen gelten
- Abschaffung des Kreisausschusses
- verpflichtende Bildung eines Hauptausschusses
- Option zur Wahl von Beigeordneten

Der Entwurf wurde am Donnerstag im Landtag beraten und soll bis Herbst verabschiedet werden.

Exit oder Neustart Europa: Wie weiter nach dem Brexit?

Der Schock saß tief: Am 23. Juni stimmten die Briten für den Austritt aus der Europäischen Union. Mit 51,9 zu 48,1 Prozent fiel die Entscheidung denkbar knapp aus.

Der nordrhein-westfälische Landtag hatte sich noch am 12. Mai einstimmig für einen Verbleib des Landes in der EU ausgesprochen. Er verwies dabei vor allem auf die wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich. Vergangene Woche, am 28. und 29. Juni, tagte nun der Europäische Rat in Brüssel. Die Tagung verlief weitgehend ergebnislos.

Wir forderten in der Aktuellen Stunde am Freitag, dass die Phase der Unsicherheit im Sinne der Unternehmen schnell endet und wollen die persönlichen Beziehungen zwischen NRW und Großbritannien weiter pflegen. Wichtiger noch: Wir fordern einen Neustart Europas! Die Antwort auf die aktuelle Krise muss verantwortungsvolle Politik sein, die erneut die Begeisterung für Europa weckt. Das beinhaltet insbesondere, dass Europa die soziale Gerechtigkeitsfrage angehen muss.

Generell gilt: Entschieden gegen Cybergewalt eintreten

Digitale Kommunikation bestimmt immer stärker unseren Alltag. Die Digitalisierung bietet viele Chancen: beispielsweise die Beteiligung an gesellschaftlichen und demokratischen Prozessen. Aber sie birgt ebenso Gefahren: Ein Stichwort ist Cybergewalt.

Frauen und Mädchen nutzen im Vergleich zu Männern (72 zu 83 Prozent) weniger elektronische Partizipationsprozesse, da sie unter anderem Angst vor Cybergewalt haben. Von allen Formen der Cybergewalt sind Frauen und Mädchen überproportional stark betroffen.

Deshalb fordern die Fraktionen von SPD und Grünen in ihrem Antrag die Landesregierung auf, mehr Öffentlichkeit und Sensibilität für das Thema zu schaffen sowie die Präventionsarbeit und die Medienkompetenz zu stärken. Über den Antrag wurde am Freitag im Plenum beraten.

Stark und sozial: Wettbewerbsstandards statt Sozialdumping

Steuergelder sollen nur an Unternehmen gehen, die sich an Sozial- und Umweltstandards halten. Das ist das Ziel des nordrhein-westfälischen Tariftreue- und Vergabegesetztes (TVgG). Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss demnach insbesondere auf die Einhaltung von Tarifverträgen geachtet und ein Mindestlohn gezahlt werden. Die Einhaltung von bestimmten Umweltauflagen kann der öffentliche Auftraggeber zur Bedingung machen.

Das seit 2012 geltende Gesetz wurde 2015 evaluiert. Auch das bundesweite Vergaberecht wurde im Dezember 2015 noch einmal verändert. Auf dieser Grundlage wird am Freitag eine Novelle des TVgG NRW vorgelegt. Mit den nun vorgeschlagenen Überarbeitungen soll die Anwendung des Gesetzes noch einfacher werden, beispielweise durch die Einführung des 'Best-Bieter-Prinzips'. Danach muss nur noch das Unternehmen bestimmte Unterlagen vorlegen, das einen Auftrag erhält.

Außerdem werden die Mindestlohnbestimmungen an den 2015 eingeführten bundesweiten Mindestlohn angeglichen. Die Schwellenwerte werden etwas angehoben, um den Vergabeaufwand bei kleineren Aufträgen zu verringern. So sollen Unternehmen und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sozial und umweltfreundlich wirtschaften, vor unfairem Dumpingwettbewerb noch besser geschützt werden.

Verfassung verändern: Kommission kündigt Kompromiss an

Nach dreijähriger intensiver Arbeit hat die Verfassungskommission nun ihre Arbeit mit dem Vorlegen des Abschlussberichtes beendet. Er wurde am Freitag in der Plenarsitzung ebenso beraten wie ein Gesetzentwurf, der die Ergebnisse der Kommission umsetzen soll. Einigkeit besteht in der Kommission im Hinblick darauf, dass unsere Landesverfassung gut ist und es keiner Generalrevision bedarf. Die Kommission schlägt eine umfangreiche Modernisierung der Verfassung im Bereich des Parlamentsrechts und vor allem im Verhältnis von Landtag und Landesregierung vor. Hier können sich die Ergebnisse der mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossenen Empfehlungen gut sehen lassen.

Neben neuen Beschreibungen der Aufgaben des Landtags, der Abgeordneten, der Fraktionen, der Ausschüsse und der Einführung eines Alterspräsidenten wurden aber auch die Beteiligungsrechte des Landtags in Bundesrats- und EU-Angelegenheiten fest-geschrieben.

Vollkommen überaltete Verfassungsvorschriften wie das Einspruchsrecht der Landesregierung gegen vom Landtag beschlossene Gesetze oder die Ministeranklage wurden gestrichen. Positiv ist auch die Änderung der Eidesformel für Ministerinnen und Minister. Sie müssen zukünftig nicht mehr nur auf das Wohl des deutschen Volkes schwören. Die neue Verfassungsvorschrift gewährleistet, dass die Landesregierung sich am Wohl des Landes NRW und somit auch an den Interessen der Ausländerinnen und Ausländer orientieren muss.

Leider hat die Verfassungskommission den großen Wurf nicht geschafft. CDU und FDP haben sich beharrlich geweigertder Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtagswahlen zuzustimmen. Das ist seit vielen Jahren für uns ein wichtiges Thema. Wir hätten auch gerne die Schuldenbremse in die Landesverfassung aufgenommen sowie mehr Erleichterungen im Bereich der direkten Demokratie und beim Ausländerwahlrecht geschaffen. Die Blockade der Opposition erstreckte sich auch auf alle Themen, die die Kommunen betrafen, so dass es in diesem Bereich leider nicht zu gemeinsam getragenen Änderungen gekommen ist.

Vielleicht bietet das jetzt angelaufene Gesetzgebungsverfahren noch die Möglichkeit für ein besseres Ergebnis. Wir werden den politischen Druck aufrechterhalten, um auch diesbezüglich die Chance auf die notwendige 2/3 Mehrheit zur Verfassungsänderung auszuloten.

Gut gerüstet: Gleichstellung wird neu geregelt

Die Gleichstellung der Geschlechter ist für die nordrhein-westfälische Landesregierung eine der wichtigsten Aufgaben. Sie ist Verfassungsauftrag und ein unverzichtbarer Bestandteil eines modernen und innovativen öffentlichen Dienstes.

Die gesetzliche Grundlage für die Gleichstellung ist das im Jahre 1999 in Kraft getretene Landesgleichstellungsgesetz (LGG). Trotz Verbesserungen spricht die Entwicklung der Frauenanteile in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen, in Führungspositionen sowie in Gremien für eine wirkungsvollere Ausgestaltung der gesetzlichen Grundlagen. Der öffentliche Dienst muss hier eine Vorreiterrolle einnehmen.

Das Gesetz zur Neuregelung des Gleichstellungsrechts wurde am Freitag debattiert. Es dient der Weiterentwicklung und der Modernisierung der bestehenden Gesetze. Insbesondere soll der Frauenanteil in Führungspositionen und in Gremien erhöht und die Position der Gleichstellungsbeauftragten gestärkt werden. So wollen wir der Gleichstellung von Frauen ein weites Stück näherkommen.

Politikunterricht mal anders: rund 60 Schülerinnen und Schüler der Goethe-Schule zu Gast im Düsseldorfer Landtag

In der letzten Woche haben sich rund 60 Schülerinnen und Schüler der siebten Jahrgangsstufe der Goethe-Schule mit ihren Lehrerinnen von Bochum auf den Weg nach Düsseldorf gemacht.

Ziel ihrer Exkursion war ein Besuch im Düsseldorfer Landtag: Zuerst stand für die jungen Gäste das extra für Schülerinnen und Schüler entwickelte „Schülerprogramm“ auf der Tagesordnung. Anschließend wurde mit der Bochumer Landtagsabgeordneten und Landtagspräsidentin Carina Gödecke intensiv diskutiert.

Einen ganzen Fragenkatalog hatten die Schülerinnen und Schüler aus Bochum mitgebracht. Viele allgemeine Fragen zum Alltag eines Angeordneten, aber auch zur Person wurden gestellt. „Wenn Sie so viel arbeiten, was hält Sie in Ihrem Job?“, wollte eine der Schülerinnen wissen. Da musste Gödecke ein wenig schmunzeln und erklärte, dass auch wenn es sich naiv anhört, sie gerne mit ihrer Arbeit die Welt ein bisschen besser und gerechter machen möchte. Dass sie aktiv mitgestalten könne, sei das Schöne an ihrer Arbeit, betonte Gödecke und ermunterte die Jugendlichen, sich zu engagieren und die Möglichkeiten zu nutzen

mitzubestimmen: Sei es in Vereinen, Kirchen, Jugendorganisationen oder in Parteien. Leider verging die Zeit wie im Flug: Gödecke hatte am Ende sogar fast ein Loch in den Bauch gefragt bekommen, das aber im positiven Sinne, denn Gödecke war von so viel Interesse ihrer Gäste einfach nur begeistert.

Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion: Viel Spaß, gute Gespräche und geknüpfte Kontakte

Das Sommerfest der SPD-Landtagsfraktion lockt jährlich zahlreiche Gäste in den Düsseldorfer Landtag. So auch in diesem Jahr: Jeder Abgeordnete hatte die Möglichkeit jeweils vier Gäste aus seinem Wahlkreis einzuladen.

Carina Gödecke und Serdar Yüksel freuten sich sehr über den Besuch ihrer Gäste an ihrer Arbeitsstätte in Düsseldorf, an der man sich an diesem Abend gemeinsam traf um zu feiern, sich auszutauschen und um Netzwerke zu knüpfen. Ein erfolgreicher Abend, an dem sich sogar das Wetter - bis auf einige Minuten – von seiner besten Seite zeigte.

(vorne: v.l.n.r.) Prof. Dr. Jürgen Bock, Frank Böttcher, Dr. Christina Reinhardt, Carina Gödecke, Rolf Buch, Serdar Yüksel

(hinten: v.l.n.r.) Kerstin Wittmeier, Andreas Wilming

Leider fehlt auf dem Bild Dr. Gerald Hagmann, der aufgrund terminlicher Verpflichtungen ein wenig später dazukam.

Narin und Martin im Interview zu ihren persönlichen Erfahrungen beim diesjährigen Jugend-Landtag

Vom 23. bis 25. Juni 2016 durften Narin Arslan und Martin Wendiggensen Serdar Yüksel und Carina Gödecke im Rahmen des 8. Jugend-Landtags im nordrhein-westfälischen Parlament vertreten. Der Jugend-Landtag debattierte unter anderem über die Einführung eines gesellschaftswissenschaftlichen Abiturs, sowie über die Einführung eines verpflichtenden Politikprojekts an Schulen.

Warum hast du beim Jugend-Landtag mitgemacht?

Narin: Um mein politisches Verständnis zu erweitern. Ich wollte einen Einblick in das parlamentarische System bekommen. Selbstverständlich wollte ich auch Menschen, die sich ebenfalls politisch interessieren, kennenlernen und mich mit ihnen austauschen. Das Sammeln von neuen Erfahrungen hat mich besonders gereizt.

Martin: Weil ich immer gerne den Dialog und auch Diskurs mit anderen Leuten suche. Beim Jugend-Landtag bietet sich die tolle Chance, aktuelle Themen aber auch Themen die uns persönlich besonders bewegen mit anderen engagierten jungen Menschen zu diskutieren. Außerdem ist es mir extrem wichtig zu zeigen wie offen, engagiert, interessiert und politisch unsere Generation tatsächlich ist und mich gemeinsam mit anderen für Partizipationschancen stark zu machen.

Was wird dir besonders in Erinnerung bleiben bzw. woran wirst du dich besonders gerne erinnern?

Narin: Die Menschen! So viele Teilnehmer des Jugend-Landtags 2016 sind politisch und sozial engagiert. Jeder hatte eine andere Geschichte zu erzählen. Der Jugend-Landtag ist ein Beweis für die kulturelle Vielfalt bei uns in Deutschland. Natürlich waren die drei Tage auch sehr anstrengend, aber es war ein unvergessliches Erlebnis: Wir konnten uns als SPD-Fraktion für eine soziale Politik einsetzen und unsere demokratischen Werte in der parlamentarischen Praxis leben. Die Plenarsitzung am Samstag war super interessant und spannend dazu. Die Reden der einzelnen Teilnehmer waren teilweise unglaublich professionell und gut. Mein persönliches Highlight war der parlamentarische Abend, an dem auch viele „echte“ Abgeordnete teilgenommen haben. Es war ein schöner Abend mit Musik, Unterhaltung und Gelächter.

Martin: Die Momente in denen wir uns einig wurden, Differenzen hin oder her. Als im Ältestenrat bei den ersten Anträgen alle Hände zustimmend nach oben schossen, war das ein tolles Gefühl. Die parteiübergreifende gewaltige Zustimmung für die Einführung eines gesellschaftswissenschaftlichen Abiturs und der Einführung eines verpflichtenden Politikprojekts an Schulen war wirklich faszinierend. Während der Abstimmung konnte ich von meinem Platz als Präsident alle Jugendlichen sehen und in diesem Moment habe ich in sehr viele glückliche Gesichter geschaut. Das man in einer Situation sehr ernst und inhaltlich diskutieren konnte und kurz darauf gemeinsam lachte war einfach toll. Egal mit wem ich gesprochen habe, alle Menschen waren offen, freundlich und bereit sich für das Wohl der Gesellschaft zu engagieren und andere zu unterstützen.

Würdest du den Jugend-Landtag weiterempfehlen?

Narin: Auf jeden Fall! Selbst für Jugendliche, die noch gar keine Erfahrungen auf dem politischen Parkett haben. Man lernt in kurzer Zeit unglaublich viel. Mich persönlich hat der Jugend-Landtag auch dazu motiviert, politisch aktiver zu werden. Und nicht zu vergessen sind die Freundschaften, die wir beim Jugend-Landtag knüpfen konnten.

Martin: Absolut! Ich habe noch mit vielen Teilnehmern Kontakt und es war eine fantastische Erfahrung.

Weitere Informationen

NRW
DIE FRAKTION
SPD

V.i.S.d.P.: Serdar Yüksel MdL, Carina Gödecke MdL
SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf, Telefon: +49 211 884 0